

DI Dr. Felix Pöschl
Ziehrerstraße 15
3830 Waidhofen/Thaya

Herrn
Bundesminister für
Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft
Dr. Reinhold Mitterlehner
reinhold.mitterlehner@bmwfw.gv.at

Waidhofen/Thaya, im April 2016

Sehr geehrter Herr Bundesminister und Vizekanzler!

Als technisch und wirtschaftlich interessierter Bürger betrachte ich die Entwicklung am österreichischen Energiesektor mit kritischem Interesse aber auch mit Sorge. Dies auch hinsichtlich der wichtigen Erneuerbaren Energien; vor allem jener, deren Produktion letztlich auf Förderungen durch quasi-Steuerleistungen angewiesen ist. Zu diesem Thema hat die staatliche E-Control über Jahre hinweg deutlich darauf hingewiesen, dass es notwendig wäre, die seinerzeit als „Anstoßförderung“ gemeinten Tarifförderungen in Richtung reiner Investitionsförderungen weiterzuentwickeln, sodass die Betreiber sich an den Markt gewöhnen bzw. letztlich daran teilnehmen. Nun, wie Sie und Ihre Experten des Ministeriums wissen, ist laufend das Gegenteil passiert. Die Marktpreise sind zufolge von Überproduktionen dieses Sektors ohne Bezug zum Markt gesunken, während die Einspeisetarife gleichgeblieben und damit die Beiträge der Stromkunden zufolge der vom Markt abgekoppelten Produktion laufend gestiegen sind.

Erst bei einer Diskussion über nötige Prozentsätze einer Investitionsförderung wird aber der Offenbarungseid nötig: Wenn auch mit 100% Investitionsförderung am Markt kein Gewinn erzielbar ist, so heißt das wohl, dass diese Anlagen nicht einmal den laufenden Betrieb decken! Das kann aber langfristig nicht gesund sein. Mit solchen Mechanismen wird man weder die Energiewende noch die Klimawende auf den Weg bringen.

Sie, Herr Bundesminister, haben nun in der letzten Zeit beide E-Control Vorstände abgelöst. Dafür wird es gute Gründe geben. Ich hoffe aber, es waren nicht die Interventionen jener Profiteure des von der E-Control bisher des Öfteren kritisierten Fördersystems. Wenn nämlich einer der Gründe für diese Ablöse wäre, kritische Stimmen zur Förderpolitik abzustellen, so würde mich das als Bürger und Steuerzahler sehr nachdenklich stimmen. Vor allem würde es mich auch als langjähriges VP Mitglied sehr enttäuschen, weil ich dies von einem ÖVP-geführten Ministerium nicht erwarten würde. Die ÖVP steht doch für reale und ehrliche Leistung und nicht für marktgekoppelte Förderungen. Das Ministerium sollte nicht meinen, dass die Bürger diese Zusammenhänge nicht verstehen.

Natürlich wollen wir alle unseren unbestreitbar notwendigen Beitrag zur Energiewende leisten und die fossile Anhängigkeit reduzieren. Aber es muss volkswirtschaftlich sinnvoll und darf marktpolitisch nicht kontraproduktiv sein. Hiezu meine Vorschläge:

- Wenn es weiterhin unvermeidlich ist, dass Geld für geförderte Tarife und daraus resultierende Gewinne an Betreibergesellschaften gehen, so müsste sichergestellt werden,

dass es sich zumindest um keine importierten Anlagen, um keine Gesellschaften ohne breite Bürgerbeteiligung oder gar um ausländische Betreiber handelt.

- Primär sollten im Marktinteresse künftig primär Investitionsförderungen vergeben werden. Dies auch dann, wenn es sehr hohe Prozentsätze um die 80 % oder mehr erfordern würde.
- Bevor man unsinnige Tarifförderungen völlig abgekoppelt vom Markt perpetuiert, sollte man die fossilen Energieträger einfach höher besteuern und über diese Schiene den Markt zum Ausstieg aus diesen verpönten Energieträgern unterstützen. Es liegt auf der Hand, dass dies die sauberere und fairere Steuerungsmethode wäre.
- Soweit aber Tarifförderungen dennoch weiter für nötig befunden werden, wäre es wichtig, dabei stets den Beitrag der jeweils geförderten Produktionsschiene zur Versorgungssicherheit und damit letztlich zur Speicherfähigkeit (ohne Belastung der öffentlichen Haushalte) zu berücksichtigen. Ein Beispiel: Biogasanlagen oder Biomassekraftwerke sind vielleicht nicht extrem effizient, aber sie haben immerhin den Vorteil, dass der Gasspeicher oder das Holzlager mit dem jeweiligen Speichervolumen Bestandteil der Anlage sind und damit gezielt Strom auch verstärkt dann produziert werden kann, wenn besonderer Bedarf besteht.
- Jene volatilen Produktionsschienen aber, die praktisch gar keinen Beitrag zur Versorgungssicherheit leisten und nicht nur die öffentlichen Schattenkraftwerke erfordern, sondern sogar gegen den Markt (auch bei negativen Preisen) produzieren, wären an den Markt heranzuführen indem künftig dafür nur mehr Investitionsförderungen vergeben werden.

Es geht somit nicht nur um die zahlenmäßigen Beiträge der Produzenten zu einer summarischen und damit teilweise fiktiven Strom- und Energiebilanzbilanz, sondern auch um die Betrachtung des volkswirtschaftlichen Gesamtnutzens. Die Förderbeiträge fallen nämlich - wenn sie auch in Form der Ökostrombeiträge nicht direkt das öffentliche Budget belasten - nicht vom Himmel, sondern sie fehlen den Haushalten zum Inlandskonsum und der Wirtschaft für Investitionen.

Meine Bitte daher:

Lassen Sie sich von den Lobbyisten gewisser Betreibersparten nicht mit unter Druck setzen und verfolgen Sie bitte einen Weg der strengen wirtschaftlichen Anpassung der Förderpolitik, wie ihn die E-Control schon lange vorgezeichnet hat. Stellen Sie die Förderpolitik auf ein System um, bei dem die Beiträge zur Versorgungssicherheit im Vordergrund stehen und betreiben Sie durch das Ministerium auch die nötige Öffentlichkeitsarbeit in diesem Sinne.

Mit freundlichen Grüßen

Felix Pöschl